

Warum wandelt sich das Bild vom Osten kaum? Die identitätsstiftenden Narrative der alten Bundesrepublik als Konstante bei der diskursiven Konstruktion Ostdeutschlands und der Ostdeutschen

Abstract

Der Aufsatz diskutiert, wie altbundesdeutsche Identitätserzählungen die mediale Darstellung der Ostdeutschen prägen. Die antitotalitaristische Narrativ und die Formel von der „zweiten deutschen Diktatur“ reduzierte die DDR-Bevölkerung auf Helden, Opfer oder Opportunisten, während sie die Westdeutschen als geschichtsbewusste Demokraten bestätigt. Das Narrativ vom bundesdeutschen „Wirtschaftswunder“ und die Frage nach dem Ausbleiben eines ostdeutschen „Wirtschaftswunders“ nach 1990 führte zur Beschreibung des passiven, vielfach defizitären und psychisch deformierten Ostdeutschen und auch damit zu westlicher Selbstbestätigung. Das Narrativ von der „Zweiten Gründung der Bundesrepublik“ und ihrer mentalen Modernisierung ließ bei den Ostdeutschen allzuschnell die in der alten BRD überwundenen Dispositionen erkennen. Es rahmte die Rede vom autoritären, nationalistischen, kollektivistischen und zurückgeblieben Ostdeutschen als selbstbestätigende Alteritätskonstruktion des Westens.

1 Einleitung

Die Debatten über Ostdeutschland und die Ostdeutschen weisen seit über 30 Jahren eine bemerkenswerte Persistenz auf. Der größte Anteil an diesem Zustand dürfte wohl nicht auf der Seite des Objektes liegen, sondern auf der Seite der Subjekte, also der Konstrukteure¹ des Bildes vom Osten. Der folgende Aufsatz analysiert den fortwirkenden Einfluss altbundesdeutscher Identitätserzählungen auf die Darstellung der Ostdeutschen und des Ostens.

Hierbei handelt es im Wesentlichen um drei Narrative: die antitotalitaristische Erzählung, der damit in Zusammenhang stehende Mythos vom „Wirtschaftswunder“ und die Erzählung von der „Zweiten Gründung“ der Bundesrepublik und ihrer mentalen Modernisierung.

2 Historische Meistererzählungen nach 1945

Wenn es um solche identitätsstiftenden gesellschaftlichen Narrative geht, benutzt die Geschichtswissenschaft den Begriff der „historischen Meistererzählung“ (Sabrow 2011). Man kann auch von einer gesellschaftlichen Selbsterzählung sprechen. Beide Begriffe – Meistererzählung und Selbsterzählung – bilden die beiden

¹ In diesem Text wird sich in den meisten Kontexten mit dem generischen Maskulinum begnügt.

Pole ab, zwischen denen sich das Geschehen vollzieht, das hier analysiert werden soll. Der Begriff Meistererzählung verweist auf die Herstellungsseite, darauf, dass hier ein Narrativ professionell erstellt und durch Wissenschaft, Schule, politische Bildung und natürlich die Medien zur Verbreitung kommt. Der Begriff Selbsterzählung verweist auf die Aneignungsseite. Er thematisiert, dass diese Narrative den Menschen einer Gesellschaft plausibel erscheinen, dass sie auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft reproduziert werden und so bei vielen Menschen einen Teil ihrer persönlichen Identitätserzählung bilden.

Die beiden deutschen Nachkriegsgründungen, die Bundesrepublik und die DDR, entwickelten zunächst zwei historische Meistererzählungen. Von ihren Funktionen her waren sie sich sehr ähnlich. Sie nahmen für sich in Anspruch, das nationalsozialistische Deutschland zu deuten. Sie lieferten zudem eine Identitätserzählung, welche den beiden neuen Staaten die Distanzierung vom Nationalsozialismus ermöglichte und zugleich die Masse der ehemaligen Volksgenossen in das neue gesellschaftliche Projekt integrierte. So ähnlich sich diese Narrative von ihrer Funktion her auch waren, so gegensätzlich blieben sie inhaltlich. Auch ihre blinden Flecken waren gewissermaßen spiegelverkehrt.

Das Totalitarismus-Konzept konzentrierte sich bei der Beschreibung des nationalsozialistischen Deutschlands auf die neue Form der Herrschaftsausübung. Dabei standen die Vernichtung der Demokratie und die Errichtung eines „Unrechtsstaats“ im Vordergrund. Die Kontinuität kapitalistischer Strukturen in der Wirtschaft blieben mit Verweis auf die Eingriffe der NSDAP und des NS-Staates in die Wirtschaft bis in die 1970er-Jahre unterbelichtet. Die in der DDR gültige Deutung akzentuierte hingegen die kapitalistische Kontinuität als Voraussetzung für die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und letztere als Zugespitzung der „arbeiterfeindlichen“ Herrschaftspraktiken der „Konzernherren“ und der „Klassenjustiz ihres Staates“. Das einzige in der DDR gültige Schulbuch für den Geschichtsunterricht definierte:

Der Faschismus an der Macht [...] ist [...] die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Nimtz 1970: 159) Zur Rolle der Wirtschaftsakteure im „totalen Krieg“ heißt es: Die großen Konzerne nutzten den totalen Krieg, um ihren Einfluss auszudehnen. Die führenden Vertreter der Rüstungs- und Grundstoffindustrie erlangten die absolute Herrschaft über die deutsche Wirtschaft und bestimmten, wer noch was produzieren durfte. Jeder Industriezweig wurde von dem führenden Konzern des entsprechenden Bereichs beherrscht und gelenkt. (ebd.: 219)

In der bis zu den 1970er-Jahren in der Bundesrepublik dominierenden totalitarismustheoretischen Deutungen des nationalsozialistischen Deutschlands erscheinen die Wirtschaftsakteure wie auch andere Gruppen der deutschen Elite eher als Opfer Hitlers. In einer Publikation der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung zur Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus ist als Zusammenfassung zu lesen:

Was bedeuten diese überraschenden Feststellungen für eine Beurteilung der deutschen Wirtschaftspolitik im Zweiten Weltkrieg? Sie besagen das gleiche wie die Aussagen deutscher Generäle nach dem Krieg über die militärische Kriegsführung oder die Berichte der Diplomaten über die außenpolitischen Methoden des Dritten Reiches: Dass auf allen Gebieten ein Dilletantismus sondersgleichen herrschte, dass besonders die oberste Führung keine klaren Vorstellungen von den Dingen besaß. Wie gebannt startete Hitler auf seine fixen Ideen. Ihnen musste alles geopfert werden. Aber er versäumte, selbst die primitivsten Mittel zur Erreichung seiner Ziele bereitzustellen. Es bedeutet keine Bejahung seiner Ziele, wenn man feststellt, daß die Chancen des nationalsozialistischen Deutschlands bei einer geschickteren Außenpolitik, einer zugleich kühneren und besonnenen militärischen Strategie, einer vernünftigeren Behandlung fremder Völker und einer sinnvolleren Wirtschaftsorganisation ungleich größer gewesen wären. (Fischer 1961: 46)

Die über die gesamte Zeit nahezu unverändert gebliebene antifaschistische Erzählung der DDR, ihre diktatorisch betriebene Durchsetzung, ihre geschichtspolitischen Defizite sowie ihre Akzeptanz und Ablehnung in bestimmten Milieus und Jahrgängen können hier nicht im Detail diskutiert werden.

3 Die antitotalitaristische Meistererzählung der Bundesrepublik

3.1 Die Verfasstheit der bundesdeutschen antitotalitaristischen Meistererzählung

Für das Selbstverständnis der 1949 gegründeten Bundesrepublik lieferte die antitotalitaristische Meistererzählung das Bekenntnis zur Demokratie und die Abgrenzung von Diktaturen. Dennoch blieb die Identität der frühen Bundesrepublik zunächst diffus. Sie verstand sich als Provisorium, das einer ungewissen Wiedervereinigungsperspektive entgegensah und dessen Grundgesetz dieser Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben hatte. In ihrer symbolischen Selbstinszenierung blieb das politische Bonn sparsam. Zu ihrem einzigen Staatsfeiertag kam die Bundesrepublik durch den Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Schon gut 14 Tage später, nämlich am 3. Juli 1953, beschloss der Deutsche Bundestag, dass fortan am 17. Juni der „Tag der Deutschen Einheit“ zu feiern sei (Bundesgesetzblatt 1953 I, 778). Die westdeutsche Bevölkerung hatte große Sympathien für den ostdeutschen Aufstand. Dieses Klima bot die Möglichkeit, ein weiteres Ereignis, nämlich das weitgehend abgelehnte Attentat gegen Hitler vom 20. Juli 1944, geschichtspolitisch aufzuwerten. So erhob das Institut für Demoskopie Allensbach im Jahr 1951, dass nur 43 % der Männer und 38 % der Frauen die militärische Verschwörung gegen Hitler als positiv bewerteten (Tuchel 2014: 23). Welche volkspädagogische Rolle man der Verbindung beider Ereignisse zuwies, zeigt die Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Ernst Reuter, vom 19. Juli 1953:

Der Bogen vom 20. Juli 1944 spannt sich heute, ob wir wollen oder nicht, zu dem großen Tage des 17. Juni 1953, zu jenem Tag, an dem sich ein gepeinigtes und gemartertes Volk in Aufruhr gegen seine Unterdrücker und gegen seine Bedränger erhob

und der Welt den festen Willen zeigte, dass wir Deutschen frei sein und als ein freies Volk unser Haupt zum Himmel erheben wollen. Wir wissen, dass dieser 17. Juni wie einst der 20. Juli nur ein Anfang war. Aber ich glaube, es ist gut, es ist richtig, wenn wir auch an diesem Tage den Bogen vom 20. Juli zu den Ereignissen schlagen, die uns heute innerlich bewegen. (Tuchel 2014: 23)

Am 5. Juli 1962 definierte die Kultusministerkonferenz die Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht und leitet sie so ein:

Die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus gehört zu den wesentlichen Aufgaben der politischen Bildung unserer Jugend. Lehrer aller Schularten sind daher verpflichtet, die Schüler mit den Merkmalen des Totalitarismus und den Hauptzügen des Bolschewismus und des Nationalsozialismus als den wichtigsten totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts vertraut zu machen. (Knütter 1988: 29 f.)

Ein Jahr später, 1963, gab der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, anlässlich des 30. Jahrestages der Machtübergabe an Adolf Hitler eine Erklärung seines Ministeriums heraus. Sie trug die Überschrift: „Immer noch Hitler-Diktatur. Dreißig Jahre Totalitarismus in Mitteldeutschland“. Im Text hieß es: „Majdanek, Auschwitz und Theresienstadt fanden ihre Fortsetzung in Bautzen, Waldheim und Torgau“ (Wolfrum 1999: 418).

Die totalitarismustheoretische Selbsterzählung der Bundesrepublik bestätigten der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung die Distanz zum Nationalsozialismus und zur DDR. Sie delegitimierte die DDR mit Hilfe der totalitarismustheoretischen Distanzierung vom nationalsozialistischen Deutschland.

Während das bereits erwähnte Schulbuch für den Geschichtsunterricht in der DDR das Vorgehen der deutschen Kräfte in der Sowjetunion unter der Überschrift „Ausplünderung, Terror, Mord – Methoden des Faschismus“ (Nimtz 1970: 204) zusammenfasste, sprach man zu dieser Zeit in der Bundesrepublik noch davon, dass die Wehrmacht sich sauber und tapfer geschlagen habe. Der westdeutsche Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg konzentrierte sich auf die Opfer des Bombenkrieges, die „hereinbrechenden sowjetischen Truppen“ (Erdmann 1959, zit. nach Berg 2003: 425), die Vertreibungen sowie später dann auf den militärischen Widerstand. Bei der westdeutschen Bevölkerung hatte die Meistererzählung vom Totalitarismus viel weniger Widerstände zu überwinden als die diktatorisch verordnete Doktrin des Antifaschismus bei der ostdeutschen Bevölkerung. Denn mental und ideologisch konnte sich die totalitarismustheoretische Interpretation des „Dritten Reichs“ auf viele Impulse stützen, die die nationalsozialistische Propaganda erfolgreich etabliert hatte: Die Angst oder die Feindschaft gegenüber „dem Russen“, den Antikommunismus und die Verachtung der „slawischen Untermenschen“. Die totalitaristische Meistererzählung bot der Bevölkerung Westdeutschlands eine Verwandlung in Demokraten und Bewohner der „freiheitlichen Welt“ an, begründete die Distanzierung gegenüber „der braunen und der roten Diktatur“ und hatte somit ein hohes Identifikationspotential.

Der nationalsozialistische Antisemitismus und der Massenmord an den europäischen Juden wurden im totalitarismustheoretischen Kontext letztlich als

Resultat eines „wesenlosen Bösen“ erklärt, dass sich nun gewissermaßen aufgelöst habe. 1952 entschloss sich die Bundesrepublik, Israel innerhalb von zwölf bis 14 Jahren eine Entschädigung von drei Milliarden D-Mark zu zahlen oder in Waren zu liefern. Der Jewish Claims Conference sagte sie eine Zahlung von 450 Millionen D-Mark zu. Nach außen hin gewann die Bundesrepublik durch die Wiedergutmachung viel Anerkennung und konnte auch so die von Adenauer angestrebte Westintegration vertiefen. Die eigene Bevölkerung lehnte jedoch die Zahlungen als unnötig oder überzogen ab. In der Halböffentlichkeit pflegte man immer noch antisemitische Stereotype (Longerich 2021: 374) und im Jahr 1961 beispielsweise meinten 73 % der Westdeutschen, dass Juden eine andere Rasse seien (Stern 1993: 721). Offiziell pflegte man Philosemitismus, den der Historiker Frank Stern als „politischen Stil“ beschreibt:

Philosemitische Bekenntnisse, Bekundungen und Symbolhandlungen überdeckten die wirklichen Probleme im deutsch-jüdischen Verhältnis. [...] Der Jude erhielt wieder seinen Platz in der deutschen Vorstellungswelt, aber so, dass er – ob er wollte oder nicht – zur Exkulpation der Nachkriegsdeutschen beitragen musste. Er wurde nicht ‚verdrängt‘, sondern romantisiert und monumentalisiert. [...] Philosemitismus wurde zur moralischen Legitimation eines ‚neuen‘ Deutschland genauso wie der traditionelle Antikommunismus mit dem Beginn des Kalten Krieges als politische Legitimation dienen konnte. (Stern 1992: 161 f.)

Zwischen den Politik- und Medien-Eliten und der Bevölkerung bestand in dieser Hinsicht eine tiefe Kluft, bis der Sechstagekrieg 1967 zu einem „dramatischen Stimmungsumschwung“ führte (Longerich 2021: 386).

3.2 Der Einfluss der antitotalitaristischen Meistererzählung auf die Darstellung der DDR und der Ostdeutschen

Die totalitarismustheoretische Deutung der DDR trat ab der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre in der Politikwissenschaft und in der Geschichtswissenschaft etwas in den Hintergrund. So versuchte nun beispielsweise die so genannte „immanente DDR-Forschung“ die Entwicklungslogik der ostdeutschen Gesellschaft empirisch zu rekonstruieren, anstatt Aussagen über die DDR-Lebenswirklichkeit aus dem Deutungsrahmen der Totalitarismus-Theorie zu deduzieren. Protagonisten dieses Forschungsansatzes waren beispielsweise Peter Christian Ludz (1931–1979), Hartmut Zimmermann (1927–2004), Sigrid Meuschel (1944–2016).

Doch nachdem 1990 der europäische Sozialismus gescheitert war und als eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung ihr Beitrittsbegehren bekundet hatte, verschwanden diese Theorieansätze. Sie wichen – so beschreibt es der Historiker Ralph Jessen rückblickend – einer „qualitativ sehr heterogenen Renaissance totalitarismustheoretischer Positionen“, wobei sich „in einem kleinen Teil der Forschung und einem größeren Teil der historisch-politischen Publizistik ein Ton politisch-moralischer Verdammung einbürgerte, der das SED-Regime als tyrannische Gewaltherrschaft brandmarkte“ (Jessen 2007: 229, 227).

In den Diskursen der Medien und Publizistik, der Politik und der Aufarbeitung wurde die SED-Diktatur nun scheinplausibel als „zweite deutsche Diktatur“ bezeichnet. Dem Topos von „der zweiten deutschen Diktatur“ wird die für die deutsche Geschichtspolitik kanonische Formel beigegeben, dass man die nationalsozialistische Diktatur nicht „relativieren“ und die SED-Diktatur nicht „verharmlosen“ dürfe. Dennoch rückt der Topos von „der zweiten deutschen Diktatur“ die DDR in die Nähe der nationalsozialistischen Verbrechen – und die Bundesrepublik noch einmal weiter von ihrem frühen Versagen bei der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur ab. Die DDR erscheint in der totalitarismustheoretischen Erzählung über 40 Jahre lang als ein schon für die Zeitgenossen sichtbar illegitimes und zum Scheitern verurteiltes Projekt, dem von Anfang ein „Untergang auf Raten“ bestimmt gewesen sei (Mitter/Wolle 1993).

Im Vordergrund der DDR-Darstellung stehen ihr Herrschaftssystem, ihre Repressionsstrukturen und ihre Opfer wie auch die Formen von Opposition oder Widerstand. Für die individuellen Überzeugungen, Sinnvorstellungen oder Kalküle jenseits dieser Diktatur-Opfer-Dichotomie, für das Leben in den Grauzonen dazwischen, ist somit kein Platz. Das ist einer der Hauptkritikpunkte an der Geschichtskultur und -politik im vereinigten Deutschland. Lässt sich diese Kritik auch objektivieren?

Hierzu legte die Soziologin Pamela Heß im Jahr 2014 ein Buch vor. Es analysierte statistisch, wie sich die Proportionen bei der DDR-Darstellung verhielten. Sie wertete dafür geschichtspolitische Dokumente von Bundestag und Regierungskommissionen aus den Jahren 1992 bis 2006 aus. (Heß 2014: 66–83) Zudem untersuchte sie die darauf bezogenen Reaktionen von sechs überregionalen Tages- und Wochenzeitungen und von 17 Regionalzeitungen Ostdeutschlands und Berlins. (ebd.: 83–90) Die gesamte Textmenge unterzog sie einer statistischen Analyse und gewann daraus 24 Kategorien. Schließlich untersuchte sie in den Dokumenten aus der Politik, den Texten der überregionalen und den regionalen Zeitungen, welche Begriffe bei der DDR-Thematisierung am häufigsten fallen und welche seltener. (ebd.: 96 f., 101 f., 105 f.) Im Textkorpus der Dokumente aus der Politik lagen auf den ersten fünf Plätzen der DDR-Thematisierungen die Begriffe „Inhaftierung“ (mit 172 Nennungen), „Diktatur“ (163), „Herrschaftsmechanismen- und Instrumente“ (162), „Mauer, Flucht, Teilung“ (137) und „Opfer“ (123). Diese Themenfelder bildeten sozusagen die „Spitzengruppe“. Mit einem gewissen Abstand zu den Top 100 folgten auf den Rängen 6–8 „Opposition und Widerstand“ (91 Nennungen), „Geheimpolizei beziehungsweise Stasi“ (87) und „Verfolgung, auch politische Verfolgung“ (82). Dann kam mit einem großen Abstand das Mittelfeld mit 30 bis zehn Nennungen. Dieses wurde angeführt von Rang 9 – „Antifaschistischer Widerstand“ – er kam auf 29 Nennungen. Alle anderen Kategorien dieses Mittelfeldes – abgesehen von „friedliche Revolution“ – zeigten das Leben der DDR-Bürger ausschließlich als das von Unterdrückten im falschen Leben. Zumindest ambivalente Bewertungen zur DDR fanden sich erst auf Platz 19 („Alltag beziehungsweise kritische Auseinandersetzung mit Alltag“) und Platz 21 („Kindererziehung in der DDR, Kinderkrippe“) mit drei Nennungen. Auf dem letzten, dem Platz 24, lag

„soziale DDR“, die eine Nennung erfuhr. (ebd.: 96 f.) Hinsichtlich der Häufigkeitstabellen der anderen beiden Textsammlungen, dem Korpus der überregionalen und regionalen Zeitungen, konstatierte die Autorin „eine starke Übereinstimmung.“ (ebd.: 130) Die Analyse zeigte, dass die öffentliche Erinnerung an die DDR vor allem in Verweisen auf den Diktaturcharakter der DDR, auf die Instrumente und Institutionen der Unterdrückung und ihrer Opfer bestand.

Einer Minderheit der Ostdeutschen kam diese Darstellung der DDR entgegen. Der Politikwissenschaftler Everhard Holtmann legte 2015 eine historische Untersuchung zu den Einstellungen der Menschen in der DDR vor (Holtmann/Köhler 2015). Die Ergebnisse lassen sichere Rückschlüsse darüber zu, wie die DDR-Darstellung nach 1990 bei den neuen Bundesbürgern akzeptiert wurde. In den von Holtmann präsentierten Messreihen von 1978 bis 1988 wird eine Gruppe der DDR-Bevölkerung so typisiert: „Lehnt das politische System in der DDR ab. Kritisiert die Regierung und die politischen Verhältnisse“ (Holtmann/Köhler 2015: 203, 237). Ihre Quote schwankte in diesen Jahren zwischen 22 % und 31 %. Ein Fünftel bis ein Drittel der Menschen aus der DDR sahen sich also höchstwahrscheinlich durch die Rede von der „zweiten deutschen Diktatur“ und vom „Unrechtsstaat“ gut repräsentiert. Für sie wog die Erfahrung mit dem Herrschaftssystem und der Unterdrückung individueller Freiheiten in der DDR schwerer als beispielsweise die Erinnerung an die Sozialpolitik oder das Arbeitsrecht der DDR.

Für die Mehrheit der Ostdeutschen trifft das jedoch nicht zu. Viele hatten sich in der DDR „den bestehenden Verhältnissen angepasst ohne von der Richtigkeit der politischen Verhältnisse überzeugt zu sein“. Ihre Quote schwankte laut Holtmann von 1978 bis 1988 zwischen 42 % bis 48 % (ebd.). Hinzu kommt noch die Gruppe jener, die „völlig gleichgültig gegenüber dem politischen System in der DDR“ gewesen waren und sich für Politik „überhaupt nicht interessierten“. Ihre Quote schwankte von 1978 bis 1988 zwischen 13 % und 4 % (ebd.). Die Angehörigen beider Gruppen dürften sich durch das nach 1990 popularisierte DDR-Bild in ihrer Lebensleistung diskreditiert fühlen. Das unterstellt keine Identifikation mit dem DDR-Regime, sondern eine völlig unpolitische Haltung. Diese Ostdeutschen waren stolz darauf, wie sie sich fleißig und findig eine auskömmliche Existenz erarbeitet, wie sie unter DDR-Verhältnissen ein gelungenes und glückliches Leben geführt hatten. Dass sie durch die Diktatur unterdrückt worden waren, würden sie nicht bestreiten, aber sie wollen sich nicht auf die Eigenschaft eines Opfers reduzieren lassen.

Der sozialistisch orientierte Teil der ostdeutschen Bevölkerung fühlte sich durch die einseitige und westdeutsch orientierte „Aufarbeitung“ erst recht angegriffen. In den Jahren 1978 bis 1988 waren ein Fünftel bis ein Viertel der DDR-Bürger entweder „dem System in der DDR gegenüber im Allgemeinen positiv eingestellt, wenn auch manchmal bestimmte Dinge kritisiert werden“ oder aber „völlig von der Richtigkeit des politischen Systems in der DDR“ überzeugt (ebd.). Die letztgenannte Gruppe der DDR-Bevölkerung hing zudem auch der antifaschistischen Identitätserzählung der DDR an und war über die bundesdeutschen Sünden

beim Umgang mit dem Nationalsozialismus und seinem Führungspersonal informiert.

Die totalitarismustheoretische Erzählung reduzierte das Spektrum der Haltungen und Situierungen in der DDR-Bevölkerung auf die Dichotomie von Helden und Opfern einerseits oder Opportunisten andererseits. Diese Sichtweise war für die Mehrheit der Ostdeutschen nicht anschlussfähig – doch diese ostdeutsche Mehrheit stellt für die bundesdeutsche Mehrheitsgesellschaft nur eine Minderheit dar und damit keine Störgröße für den bundesdeutschen Identitätsdiskurs. Somit trägt diese Konstellation zur Verfestigung dieser dichotomisierenden Sicht auf die Ostdeutschen und die DDR bei.

4 Der Mythos vom „Wirtschaftswunder“ und sein Einfluss auf die Diskurse zu den Ostdeutschen

Der frappierende wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik in 1950er-Jahren, die Akzeptanz der „Sozialen Marktwirtschaft“ als konsensbildendes Modell, welche nicht ohne Propaganda erzeugt worden war (Schindelbeck/Illgen 1999), kondensierte sich bald in der Erzählung vom „Wirtschaftswunder“. Die zeitgenössische Deutung des Geschehens als „Wirtschaftswunder“ erklärt der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser aus einer Reihe von Fehleinschätzungen. Dass das Anlagevermögen der deutschen Industrie trotz des Bombenkrieges in seiner Quantität und Qualität über dem Vorkriegsstand lag, wurde ebenso unterschätzt wie das reichhaltige Vorhandensein des für die deutsche Produktionsweise wichtigsten Faktors, nämlich der qualifizierten Arbeitskräfte, und schließlich die günstige Situation des globalen Nachkriegsaufschwungs. Dass der ordnungspolitische Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft lediglich eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung des Aufschwungs war, blieb zeitbedingt übersehen (Abelshäuser 2004: 69–72). So verfestigte sich seit *den langen 1950er-Jahren* die Erzählung von den fleißigen, initiativen Arbeitnehmern und den mit Mut, Weitsicht und Verantwortung agierenden Unternehmern zur identitätsstiftenden Erzählung vom „Wirtschaftswunder“. Sie

senkte sich in den sechziger Jahren rasch als erstes Sediment eines sich etablierenden (zeit)historischen Urteils über den wirtschaftlichen Charakter des »Wirtschaftswunders« in das Bewusstsein der Zeitgenossen. Herausgefordert wurde diese optimistische Sichtweise einer auf Wachstum gegründeten neuen Gesellschaft und ihrer ordnungspolitischen Machbarkeit erst in den siebziger Jahren, als sich eine neue politische Generation den Blick für die alten und neuen Schwächen der westdeutschen Wirklichkeit schärfte. [...] Als die Mauer fiel, waren die Ergebnisse dieser Forschung freilich noch nicht weit genug aus den Quartieren der Wirtschaftshistoriker herausgekommen. (Abelshäuser 2004: 404)

[...] Westdeutsche Politiker standen bewusst oder unbewusst unter dem Eindruck ihres Geschichtsbildes von den Ursachen des westdeutschen »Wirtschaftswunders«, als sie Ostdeutschland dasselbe Rezept verordneten, das in ihren Augen

Westdeutschland einst wirtschaftlich kuriert hatte und das nun erneut seine sagenhaften Wirkungen entfalten sollte. Dies lässt sich nicht zuletzt auch in den Debattenbeiträgen des Bundeskanzlers und anderer prominenter Abgeordneter des Deutschen Bundestages dokumentieren. So erklärte Helmut Kohl in der Debatte am 21. Juni 1990, nachdem er die »nationale Herausforderung der Deutschen« beschworen hatte:

»Wir werden es schaffen, wenn wir uns auf die Fähigkeiten besinnen, mit denen wir vor über vierzig Jahren aus den Trümmern unserer zerstörten Städte und Landschaften die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut haben.« (Abelshauer 2004: 402)

Doch die Bedingungen, auf die sich der westdeutsche Aufschwung der 1950er Jahre stützen konnte, lagen nach 1990 weder in Ostdeutschland noch in Mittel- und Osteuropa vor.

Natürlich konnten für das Scheitern des Erfolgsmodells „Soziale Marktwirtschaft“ in Ostdeutschland noch andere „Erklärungen“ gefunden werden, welche die westdeutschen Identitätserzählungen nicht angriffen. Man fand sie in den Defiziten der Ostdeutschen. Medien, Publizisten und Wissenschaftler deduzierten aus der diktatorischen Verfasstheit der DDR einen habituell initiativlosen Arbeitnehmer, dem zudem jeglicher Unternehmergeist abging. Denn in der DDR sollte jeder „nur noch ein hirnloses Rädchen im Getriebe sein, ein willenloser Gehilfe“ und deswegen hätten die Ostdeutschen „einfach nichts gelernt, was sie in eine freie Marktwirtschaft einbringen könnten“ (Baring 1991: 59).

Scheinbar konzilianter waren zwei Professoren der Politikwissenschaft, die anmerkten:

Vierzig Jahre antrainierte Unselbstständigkeit lassen sich nicht einfach abschütteln. Der Wandel von Befehlsempfängern zu eigeninitiativ und selbstbewusst handelnden Arbeitnehmern braucht Zeit. (Weidenfeld/Korte 1991: 8)

In einem begeistert besprochenen und 35.000 Mal verkauften Buch meinte der Publizist Thomas Roethe, dass sich in den 1990er-Jahren abermals die „existenziellen Lebensphilosophien der Bevölkerung“ der DDR gezeigt hätten, die ganz offensichtlich die „deutschen Stammlande“ wie durch einen „langwährenden Krieg niedergemacht“ und auf das Niveau der „dritten Welt“ heruntergebracht haben (Roethe 1999: 7, 17). Zum 15-jährigen Jubiläum der Friedlichen Revolution in der DDR überschreibt *Der Spiegel* seine Titelgeschichte so: „Trübsal in der Zwischenwelt. Nach 15 Jahren ist ein großer Teil der Ostdeutschen noch nicht in der Bundesrepublik angekommen. Viele hängen der Bequemlichkeit der DDR nach und haben sich an das Prinzip der Eigeninitiative nicht gewöhnt.“ Das Titelbild ist unterschrieben mit: „Die ostdeutsche Unterwürfigkeitsbereitschaft hat westdeutsche Dominanzansprüche geweckt“ (Berg/Kurbjuweit/Schmidt et al. *Der Spiegel* 39/2004: 44 f.).

Im Jahr 2001 hatte der ostdeutsche Journalist Frank Pergande in einem Leitartikel der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* angemerkt:

Dabei hat der tatsächliche Aufschwung Ost etwas Künstliches. Denn ihm folgt kein Aufbruch der Menschen. Schon holt sich die Natur eben erst erschlossene, aber ungenutzte Gewerbegebiete zurück. Das voller Elan vor ein paar Jahren eröffnete Gasthaus steht schon wieder leer. Am neu gebauten Parkplatz senken sich längst die Steine ab. (Pergande 2001)

Obwohl der Westen sein aus seiner Sicht unfehlbares Wirtschaftsmodell im Osten eingeführt und Milliarden an Mitteln dorthin gepumpt hat, scheint die Schwerkraft der passivistische Ost-Mentalität sogar die frisch gelegten Bordsteine abzusenken. Und aufgrund der „ostdeutschen Unterwürfigkeitsbereitschaft“ wird der Westen auch dazu verleitet, im Osten seine „Dominanzansprüche“ auszuleben. Das sind kolonialistische Betrachtungsweisen.

5 Das Narrativ von der „Zweiten Gründung der Bundesrepublik“ und ihrer mentalen Modernisierung

5.1 Die mentale Modernisierung und deren spätere Erzählung durch ihre Trägergruppen

Ab den 1960er-Jahren setzte ein gesellschaftlicher Wandel in der BRD ein. Eine maßgebliche Minderheit der Jugend verweigerte den Autoritäten, dem deutschen Ordnungssinn und den staatlichen Institutionen ihre Gefolgschaft. Man wollte frei sein und antiautoritär, westlich und liberal und viele von ihnen auch links.

Diese modernen zivilgesellschaftlichen Akteure wandelten in etwa zwei Dekaden den Zeitgeist der Bundesrepublik. Das Land verstand sich Schrittchen für Schrittchen nicht nur als Nachfolge-Staat des nationalsozialistischen Deutschlands, sondern allmählich auch als jene Gesellschaft, in der die ehemaligen Täter lebten und leben und die sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus zu beschäftigen hatte. Am Anfang dieser Entwicklung stand Karlsruhe 1959, wo eine West-Berliner Studentengruppe um den Linguistikstudenten Reinhard Strecker die schlichte, aber Aufsehen erregende Wanderausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ eröffnete. Sie dokumentierte die Willkürurteile von damals noch tätigen Richtern (von Miquel 2001: 210ff.). Am Ende dieser Entwicklung liegt die durch zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Gang gesetzte Errichtung des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ (1988–2005). Die Träger dieser Prozesse waren die Mehrheitlich in den 1920er-Jahren geborenen sogenannten „45er“ und die in den 1940er-Jahren geborenen „68er“. Während sich der Generationswechsel in der Verwaltung und in der Exekutive noch hinzog, waren die „45er“ in den Medien sowie in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften bald in wichtige Positionen vorgerückt (Nolte 2000: 246 ff.). Für die Tagespresse schätzt man in der Mitte der 1970er-Jahre den Anteil der „45er“ in den Redaktionen auf 30 % und den Anteil der „68er“ auf 40–50 % (von Hodenberg 2006: 245 ff.). Diese Kohorten trieben in den Medien, in der Wissenschaft und bald auch in den Schulen den mentalen, ideologischen und kulturellen Wandel der Bundesrepublik voran. Sie und die folgenden Generationen dieses Milieus waren es auch, die das Narrativ von der Umgründung oder der

„Zweiten Gründung der BRD“ (Kersting 2010) und der mentalen Modernisierung der Bundesrepublik entwickelten und am Leben erhielten. Es war ein Teil ihrer Identitätserzählung – und prägte die Wahrnehmung und Darstellung der Ostdeutschen.

5.2 Die Erzählung von der mentalen Modernisierung der Bundesrepublik und ihr Einfluss auf die diskursive Konstruktion der Ostdeutschen

Für die Träger- und Folgekohorten der mentalen Modernisierung der Bundesrepublik war die Abkehr von den autoritären, nationalistischen und antiindividualistischen Konventionen ein identitätsstützendes Narrativ. Es bewirkte, dass man in den unverständenen Ostdeutschen allzusehr die gerade überwundenen Dispositionen zu erkennen meinte. Die Rede vom autoritären, nationalistischen und verkollektivierten Ostdeutschen kann als Alteritätskonstruktion verstanden werden. Sie gehört zur Identitätserzählung über die „Zweite Gründung der Bundesrepublik“ und ihre mentale Modernisierung, auf die sich die westlichen Medienleute stützen.

Hinzu kommt, dass sich die Mentalität der ostdeutschen Gesellschaft in den beiden Dekaden vor der Grenzöffnung in eine andere Richtung entwickelt hatte als jene der westlichen Medienleute. Die Letztgenannten verstanden sich als kulturell westlich, politisch zumeist liberal bis links, als postmodern, ironisch, und sie waren mit den „feinen Unterschieden“ einer Gesellschaft (Bourdieu 1982) bestens vertraut. In dieser Verfasstheit trafen die westlichen Medienleute nach der Grenzöffnung auf die „arbeiterliche Gesellschaft“ des Ostens, in der die oben genannten Dispositionen viel weniger ausgeprägt waren. Der Begriff „arbeiterliche Gesellschaft“ stammt von dem Soziologen Wolfgang Engler (1999), der damit die Sozialisation der Ostdeutschen beschrieb. Im Unterschied zum Arbeitnehmer in einer marktwirtschaftlich organisierten Industrie, deren Arbeitnehmer je nach Marktlage Beschäftigung bekämen und die so proletarisiert würden, sei in der staatsbezugsweise Planwirtschaft die Proletarisierung aufgehoben und aus dem Arbeitnehmer ein „Arbeitsbesitzer“ (ebd.: 199) geworden. Englers Fazit ist:

Die arbeiterliche Gesellschaft bildet insofern das polemische Gegenstück zur proletarischen [...]. Denn nicht nur die Industriearbeiter verbanden sich für ihr gesamtes Berufsleben mit der Arbeit [...], sondern sämtliche Beschäftigungsgruppen taten dies: Angestellte, Handwerker, dienstleistende, Intelligenz, wirtschaftliches, administratives und politisches Führungspersonal. [...] Entscheidend waren die inner- und außerbetrieblichen Machtchancen, die mit dem Arbeitsverhältnis einhergingen, sowie das davon abgeleitete Selbstbewusstsein der einzelnen sozialen Gruppen. [...] Die Ostdeutschen lebten in einer Gesellschaft, in der die Arbeiterschaft sozial und kulturell dominierte und die anderen Teilgruppen mehr oder weniger ‚verarbeiterlichter‘. Es wäre eine Absurdität zu behaupten, die ostdeutschen Arbeiter hätten die politische Herrschaft ausgeübt. Aber das soziale Zepter hielten sie in der Hand. Anschauungen, Meinungen, Konventionen, Kleidungs- und Konsumgewohnheiten und nicht

zuletzt die Alltagssitten richteten sich nach den Normen und Idealen der arbeiteten Klassen. (ebd.: 199 f.)

Die Beschreibung der DDR-Gesellschaft als „arbeiterliche Gesellschaft“ bedeutet nicht, dass diese Gesellschaft entdifferenziert sei, sondern dass ihr normgebender Schwerpunkt ein anderer war als in der Bundesrepublik. Zwar blieben in der ostdeutschen Gesellschaft der Bauer, die Ärztin, der Ingenieur, der Professor und die Schuldirektorin was sie waren, zwar gab es weiterhin nichtarbeiterliche soziale Milieus, aber sie hatten einen arbeiterlichen Akzent. Das blieb für den Westen unverständlich und fremd. Für die westlichen Medien-Leute war der Zusammenprall mit der Masse der arbeiterlich sozialisierten Ostdeutschen ein „Kulturschock“. Unter diesem allgemeinen, nicht nur auf mediale Darstellungen bezogenen Leitbegriff hat der Sozialpsychologe Wolf Wagner die west-ost-deutschen Friktionen empirisch rekonstruiert. Gelingende Kommunikation und gegenseitiges Verständnis, so sein Ansatz, beruhe auf unreflektierten kulturellen Codes und habitualisierten Kommunikationsmustern. Sie würden im eigenen kulturellen Kontext immer wieder neu bestätigt. Wenn aber Personen aus unterschiedlichen Kulturräumen miteinander umgingen und auch dann natürlich die gewohnten Muster einsetzen, würden sie jedoch nicht mehr in gewohnter Weise verstanden, was die Kommunikation mißlingen und Frustrationen aufkommen ließe. (Wagner 1996: 26 ff.) Der Autor hat das in Experimenten mit west-ost-deutschen Gruppen deutlich gemacht und nach drei Jahren noch einmal überprüft. In der experimentell erhobenen „Missverständnismatrix“ schrieben die westdeutschen Experiment-Teilnehmerinnen und -teilnehmer den Ostdeutschen zu, dass sie „steif, altmodisch, inflexibel, unselbständig, fortschrittsfeindlich, larmoyant, unerstättlich, kleinkarriert, empfindlich, unfreundlich, feige, scheinheilig, autoritär, naiv, sexistisch“ seien. (Wagner 1999: 129–149) Hier werden schon zentrale und wiederkehrenden Anschauungsformen des Medien-Diskurses über die Ostdeutschen sichtbar. Die sich aus der „Missverständnismatrix“ ergebenden ostdeutschen Sichtweisen auf ihre Pendanten waren ebenfalls wenig schmeichelhaft. Die Westdeutschen seien demnach „arrogant, distanziert, unhöflich, berechnend, einzelgängerisch, konkurrenzifiziert, oberflächlich, abweisend, falsch, aggressiv, dominant, unsensibel, zynisch, verstiegen“ gewesen. (ebd.)

Doch der Medien-Diskurs zu den Ostdeutschen war ja kein Teil eines herrschaftsfreien soziologischen Experiments. Es war der Diskurs einer dominierenden Gruppe über eine dominierte Minderheit. Die mediale Deutungshoheit über den oben beschriebenen Kulturkonflikt lag bei den westdeutsch dominierten Medien und bei jenen ostdeutschen Intellektuellen, die sich durch ihre frühere Ausreise in die Bundesrepublik oder als verfolgte Oppositionelle befreit sahen und denen die Türen der Redaktionen offenstanden. Außerdem kommt bei der Konstruktion des Ostens noch ein spezifischer Klassen- oder Milieukonflikt zum Tragen: Das journalistische Personal ist mehrheitlich bürgerlich sozialisiert (Lueg 2011; Greck 2017).

So entstand eine Art westdeutsche Ost-Ethnografie. Man beschrieb die Ostdeutschen als bieder, steif unmodern, in ihrer Unsicherheit sowohl als misstrauisch aber

auch naiv und manipulierbar, als autoritär, staatsfixiert und illiberal, als undankbar, unzufrieden, wütend und empört.

Ende 1990 war in der Zeitschrift *Der Spiegel* folgende Beschreibung der Ostdeutschen zu lesen:

Geduldig warten sie, morgens kurz vor neun, in der Schlange vor der Aldi-Tür. Bleiches Gesicht, fettiges Haar, Blick nach unten, geduckte Haltung, kurze Steppjacken, verwaschene, formlose Jeans, beige-graue Schuhe, verknitterte Plaste-Tüten in der Hand. Wenn sie sprechen, dann in merkwürdigem Idiom. Manche riechen, und manche klauen wie die Raben. Bloß ihre Frauen kriegen öfter einen Orgasmus.

So sind sie doch, die Ossi. Das weiß nicht nur Bild und jeder Taxifahrer, das weiß auch jeder Kneipengänger in Wessi-Land über die Exoten draußen vor der Tür.

Sie stehen vor Tau und Tag auf, bringen die Kinder zum freudlosen Hort, vertändeln die Arbeitszeit mit dem Warten auf Arbeit und mit tragem Schwatz. Wenn sie überhaupt etwas Schönes denken, freuen sie sich aufs Wochenende in der – schwarz gebauten – Datsche, die ihnen so sicher ist, wie es der Arbeitsplatz war; sie trödeln so weiter, wie sie 40 Jahre getrödelt haben, und warten darauf, daß der Himmel sich teilt, daß ein Wunder geschieht: daß ihr Land auf einmal funktioniert. (Bickerich 1990: 34)

Die 1988 von der DDR in die BRD übergesiedelte Schriftstellerin Monika Maron beschrieb das Ost-Volk 1992 so:

Sturer Trotz und peinliche Beflissenheit sind überhaupt die prägenden Züge derzeitigen ostzonalen Verhaltens. [...] Ich muß mich beherrschen, um ihnen ihre ekelhaft großen Fleischpakete oder ein süßes balkanesisches Perlgesöff namens Canei nicht wieder aus den Einkaufswagen zu reißen. Ich möchte die mürrische Frau, die mir gerade mit ihrem Gefährt über die Zehen gefahren ist und mich danach vorwurfsvoll ansieht, fragen: Warum entschuldigen Sie sich nicht? Oder den Mann, mit dem ich fast kollidiert wäre: Warum lächeln Sie nicht? Wie eine Animateuse gehe ich zwischen ihnen umher, lächle und entschuldige mich, entschuldige mich und lächle, hoffend, sie werden meine Botschaft eines Tages verstehen. (Maron 1992: 136)

Das westdeutsche Selbstbild und die Wahrnehmung der Ostdeutschen zeigte sich paradigmatisch in dem Resümee eines westdeutschen Leihbeamten, der nach vierjähriger Tätigkeit als Innenstaatssekretär im Bundesland Sachsen-Anhalt wieder gen Westen zog:

Wir Nachkriegsdeutschen aus Ost und West werden niemals ganz zusammenwachsen. Den Jüngeren mag es besser ergehen. Wer jemals eine Kantine im Osten besucht hat, weiß, wovon ich rede. Den Ostler erkennt man bereits bei Betreten des Raumes: Wie in der Kneipe oder im Restaurant duckt er sich zunächst, als warte er darauf, ‚plaziert‘ zu werden. Hat er sich dann zu einem Westkollegen an den Tisch gesetzt, beginnt dieser locker draufloszuplaudern. Der Ostler dagegen schaut erst einmal um sich, wer am Nebentisch mithören könnte. Die Angst scheint immer noch allgegenwärtig. Es herrscht das Prinzip Mißtrauen, im Kleinen wie im Großen. (Schneider 1998: 47)

Wie im gleichen Zeitraum das Bild von den Ostdeutschen in der Fernsehjournalistik konstruiert wurde, analysierte die Soziologin Julia Belke in einer Diskursanalyse von 580 Beiträgen des ARD-Politmagazins *Kontraste* aus den Jahren 1987 bis 2006. (Belke 2009: 146). Belke kommt zu dem Ergebnis, dass sich das Bild von den Ostdeutschen nach der Vereinigung ins Negative wandelt:

Die Ostdeutschen haben aus westlicher Sicht eine negative Tendenz und werden mit negativen Stereotypen beschrieben. Die in der Gesellschaft verbreiteten Stereotypen stehen im Einklang mit den Stereotypen, die sich im Magazin *Kontraste* herauskristallisiert haben. Dazu gehören die genannten Eigenschaften wie »fremdenfeindlich«, »unsicher«, »unbeweglich« und »unzufrieden«. In der Kategorie *Die Ostdeutschen und ihre Handlungsdefizite* kommen weitere Merkmale hinzu, die in der Gesellschaft als spezifisch »ostdeutsch« angesehen werden. Darunter fallen insbesondere Merkmale, die aus der schlechten wirtschaftlichen Lage Ostdeutschlands entstanden sind. Dabei gilt als gängig, dass die Ostdeutschen sich nicht mit der Marktwirtschaft anfreunden können, dass die Ostdeutschen nicht mit Geld umgehen können, dass die Ostdeutschen undankbar sind, dass die Ostdeutschen mit der Demokratie nicht klar kommen und auch, dass die Ostdeutschen zu sehr Heimat verbunden sind und nicht bereit sind einen Schritt über die »Grenzen« zu gehen. Der ganze Habitus der ostdeutschen Bevölkerung äußert sich in negativen Merkmalen.

Das Magazin *Kontraste* bildet dabei anhand der Studie keine Ausnahme in der Konstruktion der negativen Stereotype. Interessant ist die Beobachtung, dass die Individualisierung, die in den achtziger und neunziger Jahren die Forderungen und Wünsche der Ostdeutschen prägte und eindeutig positiv konnotiert war, sich zu einem negativen Bild seitens der Ostdeutschen transformiert hat. Früher standen sich die »positive« Individualisierung und die »negative« Zwangskollektivierung gegenüber. Dieser Gegensatz hat sich verändert, indem die Ostdeutschen, wie sie im Magazin *Kontraste* gezeigt werden, die Individualisierung als Zwangsindividualisierung empfinden und der Kollektivierung eine positive Konnotation verleihen, also den Wunsch nach einer Gemeinschaft und einem Halt in der Gruppe laut werden lassen. (Belke 2009: 171)

Im Diskurs von *Kontraste* wandeln sich die dargestellten Ostdeutschen von sympathischen Rebellen, die 1987 „den aufrechten Gang“ probten (ebd.: 159), zu Menschen, die im Jahr 2000 mit ihrer „Trägheit“ und „Angst“ (ebd.: 170) ihren persönlichen Erfolg und den der Transformation verhindern.

Heute, über 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR, haben die Sozialisationswirkungen der „arbeiterlichen Gesellschaft“ (Engler 1999) nachgelassen und es sind neue ostdeutsche Generationen nachgewachsen, die von ihr viel weniger geprägt sind. Die stark stigmatisierenden Beschreibungen der Ostdeutschen sind jedoch immer noch zu beobachten. Zum 32. Jahrestag der deutschen Einheit strahlte die ARD die Serie „Lauchhammer“ aus, die Tom Müller in der F.A.Z. so kritisiert:

In den letzten Jahren wurde viel gesprochen über das »Othering« in Literatur, Film und Medien. Wenn in einem Film, einem Buch, einem Artikel Klasse, Rassismus, Feminismus und Genderthemen vorkommen, wird genau hingeschaut, gilt für jede

Akteurin eine besondere Sorgfaltspflicht. Machtgefälle, Repräsentationsmuster werden hinterfragt und berücksichtigt. Und das ist gut so. Warum gelten sie nicht für den Blick der Westdeutschen auf Ostdeutsche, schließlich besteht hier ein sehr deutliches Machtgefälle?

Frauke Hunfeld und Silke Zertz, die Drehbuchautorinnen von »Lauchhammer«, haben keine ostdeutschen Wurzeln, sie haben eine journalistische Laufbahn beim »Spiegel« beziehungsweise beim »Stern« absolviert und sind dann ins Drehbuchfach gewechselt.

Man muss sich einen Lausitzer vorstellen, der GEZ-Gebühren zahlt, um sich erklären zu lassen, in seiner Gegend könne man nur ein Kranker, ein Säufer, Fettsack, Drogendealer, Junkie oder ein Mörder sein. Und dann von den »Tagesthemen« gefragt zu werden: Warum sind die Ostdeutschen so unzufrieden? (Müller 2023)

Die hier rezensierte Serie ist nur ein Beispiel für aktuelle Stereotypisierungen der Ostdeutschen, die aus den 1990er-Jahren stammen könnten.

Es gibt in der überregionalen Presse auch einige Gegenbeispiele. So wurde die aufsehenerregende Buch-Publikation von Dirk Oschmann (2023) erst möglich, weil sich die F.A.Z ein Jahr zuvor dazu entschlossen hatte, einen ganzseitigen Essay mit dessen Thesen ins Blatt zu nehmen (Oschmann 2022). Im gleichen Blatt wurde zwei Jahre später die ostdeutsche Erfahrung auch so beschrieben:

Dass es das Prenzlauer Armaturenwerk (AWP) heute noch gibt, dass es ein florierendes Unternehmen ist und etwas internationales Flair nach Prenzlau bringt, ist eine ziemlich abenteuerliche Geschichte. Es ist eine Geschichte von persönlichem Sieg und ideologischer Niederlage, von Hoffnung und Hochmut, von Ost und West.

Ortstermin im Gebäude mit der Adresse Prenzlauer Armaturenstraße 2. Am Tisch im „Raum Brandenburg“ sitzen zwei Männer, die die Geschicke des Werks entscheidend geprägt haben: Ferdinand Strotkötter und Peter-Jörg Mahnke. Beide haben den Betrieb kurz nach der Wende unter hohem persönlichem Risiko übernommen. Haben gegen den ursprünglichen Plan der Treuhand, das Werk an einen westdeutschen Marktführer zu verkaufen, aufgebeht, haben, mitten im Berufsleben stehend, noch einmal ganz von vorne angefangen.

Man sagt das ja immer so leicht: die ostdeutsche Lebensleistung würdigen. Aber wenn man den beiden zuhört, wie sie sich, heute beide über achtzig, noch immer an die Demütigungen in der unmittelbaren Wendezeit erinnern, die sie etwa von Münchner Unternehmensberatern und Nürnberger Messebesuchern erfahren haben, läuft einem doch ein kleiner Schauer über den Rücken. Dann begreift man ein wenig besser, was die inflationär gewordene Rede von der „ostdeutschen Wunde“ bedeuten könnte. Was muss das für ein Gefühl gewesen sein, kurz nach der Wiedervereinigung, im ideologisch siegreichen und wirtschaftlich überlegenen Land nach einem Geldgeber zu suchen? Fadenscheinig unterstützt von Unternehmensberatern, die sich hinter ihrem Rücken wahrscheinlich wissende Blicke mit den abwinkenden Industriellen zuwarfen. Was für eine Scham müssen die beiden dabei empfunden haben – eben noch technische Direktoren eines stolzen sozialistischen Betriebs, jetzt einsame Klinkenputzer aus einem gefallenem Reich? (Strauss 2024)

Der Autor dieser empathischen Beschreibung, ist über zwanzig Jahre jünger als die beiden oben genannten westdeutschen Drehbuchautorinnen. Ob neue Generationen von Medien-Leuten von den Identitätsdiskursen der alten Bundesrepublik weniger geprägt sind als ihre Vorgänger, ob sie die mediale Konstruktion der Ostdeutschen und des Ostens aus den ersten drei Dekaden mit frischem Blick aufarbeiten, bleibt abzuwarten.

Das Narrativ von der „Zweiten Gründung der BRD“ (Kersting 2010) und der mentalen Modernisierung der Bundesrepublik wurde von den intellektuellen Trägergruppen dieses Wandlungsprozesses und den ihnen folgenden Generationen entwickelt und am Leben erhalten. Als Teil ihrer Identitätserzählung prägte es die Wahrnehmung und Darstellung der Ostdeutschen. Man meinte bei den Ostdeutschen allzusehr die in der alten Bundesrepublik überwundenen Dispositionen zu erkennen. Die Rede vom autoritären, nationalistischen und verkollektivierten Ostdeutschen kann als selbstbestätigende Alteritätskonstruktion der westlichen Medien-Leute verstanden werden. Die Ostdeutschen wurden im Spektrum modern-unmodern oder entwickelt-zurückgeblieben wahrgenommen und beschrieben. Dass der Osten mit seiner „arbeiterlichen Gesellschaft“ (Engler 1999) aber auch eine andere Art von Moderne darstelle, galt nicht als akzeptable Interpretation.

6 Strukturelle und personelle Voraussetzungen für die Hegemonie der altbundesdeutschen Narrative bei der Deutung der Ostdeutschen und der DDR

Die Friedliche Revolution brachte für die DDR auch die Abschaffung der Zensur. Die freien DDR-Medien konnten noch bis 1991 den gesellschaftlichen Verständigungsprozess für ihr Publikum moderieren, bis westdeutsches Leitungspersonal vollends das Ruder übernommen hatte. Die Presse des Ostens war da schon in westdeutschem oder ausländischem Besitz, wenn auch ein nicht unerheblicher Teil von einstigen DDR-Journalisten weiter in ihren Zeitungen verblieb (Bösch 2020: 340). Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist personell westdeutsch dominiert (Tröger 2023: 43 f.). Überhaupt wird Ostdeutschland durch westdeutsche Eliten regiert (Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland 2022: 145). Die beschriebenen Prozesse „begruben basisdemokratische Reformprozesse unter sich“ (Tröger 2019: 280), sie schädigten die freiheitliche Demokratie, anstatt sie zu befördern (Dietl 2022: 613). Diese Situation hat sich verfestigt.

Mitte der 2010er-Jahre sind einige Journalisten, die sich der ostdeutschen Perspektive auf den Transformationsprozess verschreiben, in relevante Positionen vorgerückt. Sie sind in den 1970er-Jahren in der DDR geboren, wie beispielsweise Christian Bangel und Jana Hensel (*DIE ZEIT*), Sabine Rennefanz (*Der Spiegel, Tagesspiegel*) oder Daniel Schulz (*tageszeitung*), um nur einige zu nennen.

Dennoch wird sich an der Marginalisierung ostdeutscher Perspektiven und Wertungen im Diskurs der Transformationsgesellschaft auch künftig wohl wenig ändern. Der Medienwissenschaftler Lutz Mücke wies darauf hin, dass „der Anteil

der Ostdeutschen in den wichtigen Journalist:innen-Schulen [...] auch im Jahr 2018/19 ausgesprochen gering“ ist (Mükke 2021: 39). In fünf von ihnen lag die Ostquote zwischen 0 % und 7,5 %, lediglich in der Henri-Nannen-Schule fanden sich 14 % Ostdeutsche.

Das führt auch auf der Seite des Publikums zu einer innerdeutschen Spaltung: die *F.A.Z.*, die *SZ* und der *Der Spiegel* setzten 2020 in Ostdeutschland lediglich 2,5 % bis 4 % ihrer Gesamtauflage ab, *DIE ZEIT* schaffte es, hier inklusive Berlins, auf 6 % (Mükke 2021: 27 f., 33).

7 Fazit: Warum wandelt sich das Bild vom Osten kaum?

Ursächlich für die seit drei Dekaden andauernde Situation sind zunächst zwei Faktoren, auf denen in diesem Aufsatz allerdings nicht der Schwerpunkt liegt: Erstens bilden die Ostdeutschen immer noch eine besondere Gruppe, die im Verhältnis zur westdeutschen Mehrheitskultur eine Minderheitenkultur ist. Zwar ist es problematisch von *den Ostdeutschen* zu sprechen, denn ihre Lebenslagen haben sich nach dem Beitritt zur Bundesrepublik stark differenziert. Auf der Ebene der Identifikation zeigt die Forschung allerdings, dass es die Ostdeutschen gibt. Sie teilen besondere Erfahrungen und schreiben sich ein ähnliches Schicksal zu. Zudem definiert sich ein Fünftel der Kinder und Enkel der einstigen Menschen aus der DDR ebenfalls eher als ostdeutsch denn als deutsch. Die Erzählungen über die Ostdeutschen, ihre Konstruktion in den Diskursen der Medien, Politik und Bildung haben heute also durchaus Adressaten und Relevanz. Zweitens verfügen die Ostdeutschen über weniger ökonomisches und politisches Kapital als die Angehörigen der westdeutschen Mehrheitskultur. Die Eliten Deutschlands sind immer noch westdeutsch. Und an den wichtigsten Journalistenschulen sind ostdeutsche Studierende völlig unterrepräsentiert. Schon diese zwei Vorbemerkungen zeigen: Die Westdeutschen regieren weiter das Land und sie bleiben die Konstrukteure, die Ostdeutschen die Konstruierten und die Regierten.

Dieser Aufsatz sollte zeigen, wie die oben genannten materiellen Fakten auf der symbolischen Ebene flankiert wurden und werden. Relevant hierfür sind im Wesentlichen drei bundesdeutsche Identitäts-Erzählungen.

Zum ersten Narrativ: Die antitotalitaristische Erzählung rückte die DDR in die Nähe der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Verbrechen und reduzierte die Haltungen und Situierungen in der DDR-Bevölkerung auf die Dichotomie von Helden und Opfern einerseits und Opportunisten andererseits. Diese Sichtweise war für zwei Drittel der Ostdeutschen nicht anschlussfähig. Sie trägt damit auch zu den oben genannten Befunden zur West-Ost-Spaltung der Öffentlichkeit bei. Doch Wahrnehmungen der ostdeutschen Mehrheit stellen für die bundesdeutsche Mehrheitsgesellschaft nur eine Minderheitenmeinung dar und damit keine Störgröße für den bundesdeutschen Identitätsdiskurs. Ein weiteres Resultat des totalitarismustheoretischen Paradigmas ist der scheinplausible Topos von der „zweiten deutschen Diktatur“. Durch ihn wird die DDR in die Nähe der nationalsozialistischen Verbrechen gerückt und die Bundesrepublik noch einmal weiter weg von

ihrem frühen Versagen bei der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur. Auch das kommt der westdeutschen Bevölkerung entgegen und stößt die ostdeutsche vor den Kopf, denn sie stützen sich bei der Beurteilung des 20. Jahrhunderts auf andere Überzeugungen und Fakten als es die Westdeutschen tun.

Zum zweiten Narrativ: Die für die Bundesrepublik identitätsstiftende Erzählung vom „Wirtschaftswunder“ wurde zwar bereits ab den 1970er-Jahren in den Wirtschaftswissenschaften kritisch bewertet. Doch diese Sicht war 1990, als die wirtschaftspolitischen Weichen für die Vereinigung zu stellen waren, noch nicht bei der Politikberatung und der Politik angekommen. Der Westen nahm die Währungsreform 1948 und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft als Blaupause für die wirtschaftliche Transformation der neuen Bundesländer und trug auch die entsprechenden Erfolgserwartungen an diese Transformation heran. Nachdem das „Wirtschaftswunder“ in den 1990er- und 2000er-Jahren nicht wiederholt werden konnte, suchten die Akteure in Medien, Publizistik und den Diskursen der Politik Erklärungen, die ihre Glaubensgrundsätze nicht revidierten. Sie fanden sie in der Sozialisation der einstigen DDR-Bevölkerung, im *psychisch deformierten* und vielfach *defizitären Ostdeutschen*. Auch das verfestigte das negative Bild von ‚den Ostdeutschen‘.

Zum dritten Narrativ: Das Narrativ von der „Zweiten Gründung der Bundesrepublik“ und ihrer mentalen Modernisierung wurde von den intellektuellen Trägergruppen des mentalen, ideologischen und kulturellen Wandels der Bundesrepublik entwickelt und von den folgenden Medien-Generationen am Leben erhalten. Es ist Teil ihrer Identitätserzählung – und prägte die Wahrnehmung und Darstellung der Ostdeutschen. Bei diesen meinte man allzusehr die in der alten Bundesrepublik überwundenen Dispositionen zu erkennen. Die Rede vom autoritären, nationalistischen und verkollektivierten Ostdeutschen kann als selbstbestätigende Alteritätskonstruktion verstanden werden. Die Ostdeutschen wurden im Spektrum modern–unmodern oder entwickelt–zurückgeblieben wahrgenommen und beschrieben. Dass der Osten mit seiner „arbeiterlichen Gesellschaft“ (Engler 1999) eine andere Art von Moderne darstelle, galt nicht als akzeptable Interpretation.

Die beschriebenen Eigentums- und Elitestrukturen in Deutschland werden symbolisch durch die drei analysierten und fortwirkenden westdeutschen Identitätserzählungen bestätigt. Diese Situation führt dazu, dass die Quellen dieser bisweilen kolonialistischen Narrative von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weiter sprudeln: In den Lehrplankommissionen und Schulbüchern, in den Schulen, in den Medien und in der Fernsehunterhaltung, in der politischen Bildung und in den Diskursen politischer Akteure.

Das „Selbstgespräch des Westens über den Osten“ (Wolfram 2021) hat den Diskursraum des Landes so weit gespalten, dass die westdeutsche überregionale Presse im Osten kaum noch rezipiert wird. Geht man davon aus, dass zu einer funktionierenden Demokratie aber auch ein solcher gemeinsamer Diskursraum gehört, eine Sphäre, in der sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (an)erkennen und miteinander in Kommunikation sehen, dann ist das ein problematischer Befund. Auch wenn das Anwachsen des Populismus, destruktiver

Kommunikation und der Entfremdung von der Demokratie in vielen Demokratien zu verzeichnen ist (Schäfer/Zürn 2021), so sind doch die Erfolge der PEGIDA, der Querdenker und der AfD in Ostdeutschland in diesem Kontext zu sehen.

Literatur

- Abelshauser, Werner 2004: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München.
- Baring, Arnulf 1991: Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler. Berlin.
- Bauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hg.) 2022: Bericht: Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Berlin.
- Belke, Julia 2009: Das Bild der Ostdeutschen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Eine Diskursanalyse des ARD-Politmagazins KONTRASTE in der Zeit von 1987–2005, in: Thomas Ahbe, Rainer Gries und Wolfgang Schmale (Hg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig 135–179.
- Berg, Nicolas 2003: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung. Göttingen.
- Berg, Stefan / Kurbjuweit, Dirk / Schmidt, Caroline / Schmitz, Gregor / Sontheimer, Michael, Volkery, Carsten / Winter, Steffen / Wüstenhagen, Claudia 2004: Trübsal in der Zwischenwelt. Nach 15 Jahren ist ein großer Teil der Ostdeutschen noch nicht in der Bundesrepublik angekommen. Viele hängen der Bequemlichkeit der DDR nach und haben sich an das Prinzip der Eigeninitiative nicht gewöhnt. Die Extremen Parteien von links und rechts haben Zulauf wie nie, in: Der Spiegel 39/2004, 44–60.
- Bickerich, Wolfgang 1990: „Es ist ein anderes Leben“. Können die Deutschen nach 40 Jahren getrennter Entwicklung wieder ein Volk werden? Die Unterschiede in Mentalität und Lebensart sind auffällig, die Besonderheiten groß: Die Brüder – und Schwestern – passen kaum zusammen. Die Ostdeutschen verhalten sich wie Deutsche zweiter Klasse – und werden auch so behandelt, in: Der Spiegel 39/1990, 34–61.
- Bösch, Frank 2020: Ostdeutsche Medien im gesellschaftlichen Wandel. Presse, Musikkultur und regionale Identität nach 1990, in: Marcus Böick, Constantin Goshler und Ralf Jessen (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit, 333–349.
- Bourdieu, Pierre 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- Dietl, Sylvia 2022: Transformation und Neustrukturierung des DDR-Rundfunks im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands. Akteure, Interessen, Prozesse. München.
- Engler, Wolfgang 1999: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin.
- Fischer, Wolfram 1961: Die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus. Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Zeitgeschichte, H. 13. Hannover.
- Greck, Regina 2017: Elitäre Verhältnisse. Selbst- und Fremdbild der Eliten in Journalismus und Politik. Wiesbaden.
- Heß, Pamela 2014: Geschichte als Politikum. Öffentliche und private Kontroversen um die Deutung der Vergangenheit. Baden-Baden.
- Hodenberg, Christina von 2006: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973. Göttingen.

- Holtmann, Everhard / Köhler, Anne 2015: Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen. Frankfurt/M.
- Jessen, Ralph 2007: Vom Scheitern sozialistischer Sinnstiftung. Sigrid Meuschels Studie zu den Legitimitätsansprüchen des SED-Regimes, in: Jürgen Danyel, Jan-Holger Kirsch und Martin Sabrow (Hg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte. Göttingen, 226–229.
- Kersting, Franz-Werner (Hg.) 2010: Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975. Stuttgart.
- Knütter, Hans-Helmuth 1988: Der Totalitarismus in der schulischen und außerschulischen Politischen Bildung, in: Konrad Löw (Hg.): Totalitarismus. Berlin, 28–43.
- Longerich, Peter 2021: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte von der Aufklärung bis heute. München.
- Lueg, Klarissa 2011: Habitus, Herkunft und Positionierung. Die Logik des journalistischen Feldes. Wiesbaden.
- Maron, Monika 1992: „Peinlich, blamabel, lächerlich“. Monika Maron über das neue Opfergefühl ihrer ostdeutschen Mitmenschen, in: Der Spiegel 35/1992, 136–141.
- Miquel, Marc von 2001: Juristen: Richter in eigener Sache, in: Norbert Frei (Hg.): Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt/M. und New York, 181–237.
- Mitter, Armin / Wolle, Stefan 1993: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München.
- Mükke, Lutz 2021: 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? OBS-Arbeitspapier. Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 45. Frankfurt/M.
- Müller, Tom 2022: Leben im Osten nur Freaks? Auf die Serie „Lauchhammer“ bildet sich die ARD viel ein. In ihr sollen sich die Menschen aus der Lausitz wiederfinden. Dabei birgt sie nichts anderes als schönen Schauer über Ost-Klischees. Das ist unterirdisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.10.2022, 13.
- Nimtz, Walter (= Autorenkollektiv unter der Leitung von Walter Nimtz) 1970: Geschichte 9. Berlin
- Nolte, Paul 2000: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert. München.
- Oschmann, Dirk 2022: Wie sich der Westen den Osten erfindet. Wer den gegenwärtigen ostdeutschen Unmut verstehen will, muss sich klarmachen, wie einseitig die Diskursmacht hierzulande verteilt ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.02.2022, 13.
- Oschmann, Dirk 2023: Der Osten: eine westdeutsche Erfindung. Berlin.
- Pergande, Frank 2001: Künstlicher Aufschwung Ost, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 26.04.2001, 1.
- Roethe, Thomas 1999: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist. Frankfurt/M.
- Sabrow, Martin 2011: Meistererzählungen der Zeitgeschichte, in: ders. (Hg.): Leitbilder der Zeitgeschichte. Wie Nationen ihre Zeitgeschichte denken. Leipzig, 9–22.
- Schäfer, Armin / Zürn, Michael 2021: Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin.
- Schindelbeck, Dirk / Ilgen, Volker 1999: „Haste was, biste was!“ Werbung für die Soziale Marktwirtschaft. Darmstadt.
- Schneider, Jürgen 1998: Das Prinzip Mißtrauen. Der Innenstaatssekretär Sachsen-Anhalts, Jürgen Schneider, über Hochmut, Neid und mangelndes Rechtsempfinden der Ostbürger, in: Der Spiegel 34/1998, 47.

- Stern, Frank 1992: Antisemitismus und Philosemitismus in der politischen Kultur der entstehenden Bundesrepublik, in: Andreas Nachama und Julius H. Schoeps (Hg.): Aufbau nach dem Untergang. Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945. Berlin, 150–163.
- Stern, Frank 1993: „Ein freundlich aufgenährter Davidstern“. Antisemitismus und Philosemitismus in der politischen Kultur der 50er Jahre, in: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Bonn, 717–732.
- Strauß, Simon 2024: Von heimlichen Siegern im Osten. Ein stolzer Standort trotz den Wenden der Zeit: Zu Besuch im Prenzlauer Armaturenwerk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.02.2024, 9.
- Tuchel, Johannes 2014: Zwischen Diffamierung und Anerkennung: Zum Umgang mit dem 20. Juli 1944 in der frühen Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 27 (20.06.), 18–24.
- Tröger, Mandy 2019: Pressefrühling und Profit. Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten. Köln.
- Tröger, Mandy 2023: Der Osten als Chance Ostdeutsche Perspektiven auf die Reformdebatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 25 (19.06.), 42–47.
- Wagner, Wolf 1996: Kulturschock Deutschland. Hamburg.
- Wagner, Wolf 1999: Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick. Hamburg.
- Weidenfeld, Werner / Korte, Karl Rudolf 1991: Die pragmatischen Deutschen. Zum Staats- und Nationalbewusstsein in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 32, 3–12.
- Wolfram, Klaus 2021: Der Mutige wird wieder einsam. Was würde die Demokratie von 1989 heute sagen, fragt der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Klaus Wolfram, in: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/325482/der-mutige-wird-wieder-einsam/> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2023).
- Wolfrum, Edgar 1999: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990. Darmstadt.